
**Einfache Anfrage Steiner-Kaufmann-Gommiswald / Sennhauser-Wil / Dürr-Gams:
«PFAS-Belastung in der Landwirtschaft – wie steht der Kanton St.Gallen zur BLV-Weisung?»**

In einem Zeitungsartikel («Der Ostschweizer Kanton, der am meisten vom PFAS-Problem betroffen ist, wehrt sich am wenigsten gegen strengere Regeln») wird dargelegt, dass mehrere Ostschweizer Kantone Stellung zu einer geplanten Weisung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) genommen haben. Diese Weisung soll den Vollzug der bestehenden PFAS-Grenzwerte konkretisieren.

Dem Artikel zufolge schliesst sich der Kanton St.Gallen in den allgemeinen Ausführungen den anderen Ostschweizer Kantonen nicht an, wonach einerseits die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten zu schützen ist, andererseits aber auch die Auswirkungen auf die Landwirtschaft berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig fällt die Stellungnahme des Kantons St.Gallen im Vergleich zu den anderen Kantonen weniger kritisch aus, obwohl er besonders stark von der PFAS-Problematik betroffen ist.

Daneben hat aber die Ostschweizer Regierungskonferenz, in welcher St.Gallen stimmendes Mitglied ist, sich dezidiert kritisch gegenüber der geplanten Weisung geäußert.

Vor dem Hintergrund, dass sich der Kanton St.Gallen den allgemeinen Bemerkungen der Kantone Thurgau, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden nicht angeschlossen hat, bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die vorgeschlagene Weisung des BLV insgesamt, insbesondere im Spannungsfeld zwischen Konsumentenschutz und den wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft?
2. Aus welchen Gründen fällt die Stellungnahme des Kantons St.Gallen im Vergleich zu anderen Ostschweizer Kantonen weniger kritisch aus, obwohl der Kanton besonders stark von der PFAS-Problematik betroffen ist? Wie positioniert sich die Regierung namentlich zur Blutbeprobung, die vom Kanton Thurgau kritisiert wird? Wie beurteilt sie zudem die vorgesehene Möglichkeit, Tiere eines nachweislich betroffenen Betriebs vorsorglich vom Verkehr auszuschliessen?
3. Welche konkreten Auswirkungen erwartet die Regierung für die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe im Kanton St.Gallen, falls die Weisung in der vorliegenden Form in Kraft tritt?
4. Ist davon auszugehen, dass sich der Kanton St.Gallen der Stellungnahme der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) vollumfänglich anschliessen und sich auf Bundesebene mit voller Kraft dafür einsetzen wird, dass die Weisung in der vorliegenden Form nicht umgesetzt wird?
5. Der Kanton St.Gallen ist bei den Massnahmen im Vergleich zu anderen Kantonen bereits weit fortgeschritten. Wie viele Mittel aus dem vom Kantonsrat bewilligten Sonderkredit von 5 Mio. Franken wurden bislang beansprucht, und für welche Bereiche wurden sie eingesetzt?»

16. April 2026

Steiner-Kaufmann-Gommiswald
Sennhauser-Wil
Dürr-Gams